



Initiative Klimaschutz Laboe

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 20/1883

Eingabe an den Ausschuss für Wirtschaft und Digitalisierung und an den Umwelt- und Agrarausschuss des Kieler Landtages

Das Bergrecht und dessen aktuelle Handhabe verhindern das Engagement von Kommunen und Bevölkerung bei der Nutzung von Tiefengeothermie für die Wärmewende

Sehr geehrte Ausschussvorsitzende Herr Claussen und Herr Rickers,
sehr geehrte Mitglieder der Ausschüsse für Wirtschaft und Digitalisierung sowie Umwelt und Agrar,

der vom Landtag SH beschlossene Antrag „**Potenziale der Geothermie in Schleswig-Holstein nutzen**“ (Drucksache 20/481) wurde in den Ausschuss für Wirtschaft und Digitalisierung überwiesen. In unserer Eingabe „**Nutzbarkeit der Tiefengeothermie auf dem Ostufer der Kieler Förde, insbesondere in Laboe**“ in die genannten Ausschüsse haben wir auf das Ostufer der Kieler Förde und insbesondere die Gemeinde Laboe als sehr vielversprechende Region für die Nutzung der Tiefengeothermie hingewiesen (Drucksache 20/670).

Die Wärmewende hin zur **Klimaneutralität** ab 2045 ist insbesondere für kleinere Kommunen und ihre Bevölkerung mit erheblichen Umstellungen und Kosten verbunden. Diese gesellschaftliche Aufgabe kann nur bewältigt werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger - insbesondere die Hauseigentümer - bereit sind, den Wandel durch eigene Aktivitäten und Investitionen zu unterstützen. Viele Beispiele in Deutschland zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger insbesondere dann einen Beitrag zur Erreichung der **klimapolitischen Ziele** leisten, wenn die gegebenen **Strukturen** es unterstützen oder zumindest ermöglichen, sich durch **persönliches Engagement** und **wirtschaftliche Beteiligung** einzubringen. Ihre Ziele sind vor allem faire und stabile Wärmepreise in ihrer Kommune. Zusammen mit den kommunalen Selbstverwaltungen wollen sie Verantwortung übernehmen sowie Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung in ihrer Gemeinde gewährleisten.

Obwohl die **aktive Beteiligung** der Bevölkerung an der Wärmewende politisch gewollt und erwünscht ist, gibt es große Hürden, die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen daran hindern, sich an ihrer Ausgestaltung zu beteiligen:

- Die **Tiefengeothermie** ist eine potenzielle und sehr effiziente erneuerbare Energiequelle im Norddeutschen Becken, jedoch haben die Kommunen nach geltendem Bergrecht nur ein sehr **eingeschränktes Informations- und kein Mitspracherecht** bei Aufsuchung, Gewinnung und Betrieb.
- Es drängt sich der Eindruck auf, dass wir uns bereits in einem „**Windhundrennen**“ der **Konzerne** um die **Bergrechte** für die Tiefengeothermie befinden. Bürgerinnen und Bürger nehmen zunehmend mit Erstaunen und Ernüchterung zur Kenntnis, dass Aufsuchungsrechte für den bergfreien Bodenschatz Tiefengeothermie an ihrem Wohnort meist an große deutsche oder multinationale Konzerne als auch ausländische Investoren vergeben werden.
- Die Vergabe von **Bergrechten** erfolgt zudem **intransparent**, d.h. ohne Information und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer kommunalen Selbstverwaltungen und verhindert deren Mitwirkung an der Erschließung einer Wärmequelle für ihre **kommunale Wärmeversorgung**. Die Kommunen und ihre Bevölkerung können so die von ihnen geforderte aktive Rolle in der Wärmewende nicht wahrnehmen und sehen sich zu Zuschauern von Entwicklungen in ihrer Kommune degradiert, die von anderen Akteuren bestimmt werden. Widerstände sind damit vorprogrammiert.
- **Bürgerschaftliches Engagement** in der kommunalen Wärmeversorgung auch durch die Mobilisierung von privatem Kapital im Einklang mit kommunaler Selbstbestimmung wird verhindert, da Gewinne an gemeindefremde Konzerne fließen und keine Wertschöpfung vor Ort zum Wohle der Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger stattfindet.
- Aufgrund der **Marktmacht** der Konzerne, ihres **Informationsvorsprungs** und der derzeitigen Ausgestaltung des **Bergrechts** können die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger kaum in einen echten Wettbewerb mit den Konzernen treten. Die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger sind damit von einem Wettbewerb oder einer Kooperation mit finanzstarken Konzernen ausgeschlossen. Die Absicht der Landesregierung, „bürokratiearme Genehmigungsverfahren“ zu schaffen, reicht daher nicht aus. Vielmehr müs-

sen auch genehmigungsrechtliche **Transparenz-** und **Wettbewerbshindernisse** für die Kommunen und ihre Bevölkerung beseitigt werden, um eine aktive Beteiligung zu ermöglichen.

Mit dieser neuen Eingabe möchten wir erreichen, dass

- **Wärme** als **Grundbedürfnis** der Bürgerinnen und Bürger anerkannt wird und der Zugang zu Wärme den Rang eines **Grundrechts** erhält,
- ein **Wettbewerb** gemeindefremder **Investoren** um **Bergrechte** für Tiefengeothermie an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei verhindert wird und die Kommunen angesichts ihrer großen Bedeutung für die Wärmewende und den Klimaschutz systemisch in die Vergabe einbezogen werden,
- die **Information** und **Beteiligung** der Bevölkerung bei der **Beantragung** und **Vergabe** von Bergrechten für Tiefengeothermie sichergestellt wird, da dies die zukünftige **kommunale Wärmeversorgung** entscheidend und positiv beeinflusst,
- die **Interessen** der **Kommunen** und der **Bevölkerung** gegenüber denen der **Wirtschaftsunternehmen** gewahrt werden, und
- eine **substantielle Beteiligung** der **Kommunen** und der **Bevölkerung** an der Preisgestaltung und den Gewinnen von Geothermiekraftwerken (Wertschöpfung) zur Stützung der **kommunalen Haushalte** und zur Gewährleistung fairer und bezahlbarer **Wärmetarife** genutzt werden kann.

Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich für **Transparenz** bei der Vergabe von **Bergrechten** für die **Tiefengeothermie** zu sorgen und eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, die den Kommunen und ihrer Bevölkerung ein umfassendes **Mitsprache-** und **Nutzungsrecht** im Interesse einer erfolgreichen **Wärmewende** einräumt.

Mit freundlichen Grüßen

stellvertretend für die **Initiative Klimaschutz Laboe – Arbeitsgruppe Energie**

Dr. Joachim Ennen
Lammertweg 29
24234 Laboe
Web <https://klimaschutz-laboe.de>
Email info@klimaschutz-laboe.de
Mobil 0172 9597055